

Kriterien für die Prüfung und Wertung der Angebote

Vorbemerkungen

1. Wertungsstufe - Prüfkriterien
2. Wertungsstufe - Eignungskriterien
3. Wertungsstufe - Bewertungskriterien
4. Wertungsstufe - Zuschlagskriterien

Vorbemerkungen

2007 wurde das Gebäudereiniger-Handwerk in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz einbezogen. Ziel war es, den Fehlentwicklungen in der Gebäudereinigung gegenzusteuern. Mindestlohn, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Urlaubsansprüche und andere Ansprüche der Reinigungskräfte sollten garantiert sein. Wer gegen dieses Gesetz verstößt, handelt ordnungswidrig. Bei Nachweis einer Ordnungswidrigkeit können Gelbbußes bis zu einer Höhe von 500.000 EUR festgesetzt werden.

Hiernach kann auch ein öffentlicher Auftraggeber für Verstöße des von ihm beauftragten Reinigungsunternehmers gegen die Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ordnungswidrig handeln. Dies ist dann der Fall, wenn der öffentliche Auftraggeber vom Gesetzesverstoß des von ihm beauftragten Reinigungsunternehmers wusste oder „fahrlässig nicht wusste“. Es wird dann von einer sogenannten „mittelbaren Täterschaft“ ausgegangen.

Eine „mittelbare Täterschaft“ kann z.B. dann vorliegen, wenn der vereinbarte Stundenverrechnungssatz erkennen lässt, dass er nicht zur Zahlung des Mindestlohns und der gesetzlichen Abgaben für die Soziallöhne und Sozialversicherungen ausreicht.

Die „fahrlässige Nichtkenntnis“ eines Verstoßes kann z.B. dann vorliegen, wenn eine deutlich überhöhte Reinigungsleistung (qm/Stunde) akzeptiert wird. Es ist dann davon auszugehen, dass die Reinigungskräfte die Reinigung nicht in der kalkulierten Zeit schaffen können und unbezahlte Überstunden leisten müssen.

Der ZOLL ist zuständig für die Prüfung der Einhaltung der Regelungen aus dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Unangemeldet erfolgen durch den ZOLL die Kontrollen in den Reinigungsobjekten der öffentlichen Auftraggeber. Oberste Dienstbehörde für den ZOLL ist die Bundesfinanzdirektion West.

In regelmäßigen Zeitabständen informiert die Bundesfinanzdirektion West den Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (stellvertretend für die Reinigungsunternehmen) und die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement – KGSt (stellvertretend für die Gemeinden und Städte), von welchen Grenzwerten der ZOLL bei den Prüfungen ausgeht:

Es wird darauf hingewiesen, dass den Empfehlungen der Bundesfinanzdirektion (ZOLL) gefolgt wird. Der ZOLL geht davon aus, dass bei einem kalkulierten Aufschlag auf den produktiven Stundenlohn von weniger als 70 % die gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung des Mindestlohns sowie der Sozialversicherungsbeiträge regelmäßig nicht erfüllt werden können.

Bieter, die einen Stundenverrechnungssatz anbieten, der auf einem geringeren Aufschlag als 70 % auf den produktiven Stundenlohn beruht, müssen daher auf gesonderte Anforderung des Auftraggebers nachweisen, dass und wie sie ihre Verpflichtungen zur Zahlung des Mindestlohns sowie der Sozialversicherungsbeiträge und Abgaben dennoch einhalten können. Kommt ein Bieter dieser Nachweisverpflichtung nicht bzw. nicht fristgerecht nach oder kann er die Zweifel des Auftraggebers nicht ausräumen, so wird sein Angebot ausgeschlossen.

Auf die nachfolgenden Kriterien zur Prüfung und Wertung der Angebote sind nachstehende Klarstellungen erforderlich:

1. 70% Aufschlag auf den Tariflohn für die Lohnnebenkosten entsprechen nicht den gesetzlichen und tariflichen Vorgaben. Der Aufschlag auf den Tariflohn kann unter Beachtung der gesetzlichen und tariflichen Vorgaben erheblich niedriger sein. Siehe hierzu weitere Ausführungen bei „Vorgaben für die Kalkulationen“.
2. 50% Aufschlag auf den Tariflohn für die auftrags- und unternehmensbezogenen Kosten entsprechen nicht den Marktgegebenheiten. Selbst Aufschläge von weniger als 20% auf den Tariflohn werden von Fachverbänden noch als hochpreisig eingestuft. Die Kalkulation des Aufschlags auf den Tariflohn liegt im alleinigen Ermessen der Bieter.
3. Die Vorgabe von kalkulatorischen Untergrenzen ist zwingend erforderlich. In den „Vorgaben für die Kalkulationen“ ist bei den Lohnnebenkosten zu jeder einzelnen Kostenposition begründet dargelegt, warum die Vorgabe einer kalkulatorischen Untergrenze erforderlich ist.

1. Wertungsstufe – Prüfkriterien

1.1 Unterhaltsreinigung - Auskömmliche Jahresreinigungsstunden

Für das Reinigungsobjekt sind auskömmliche Mindestjahresreinigungsstunden vorgegeben, die vom Bieter nicht unterschritten werden dürfen.

Geprüft wird die Auskömmlichkeit der kalkulierten Mindestjahresreinigungsstunden.

- a) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Jahresreinigungsstunden liegt vor, wenn mindestens die vorgegebenen Jahresreinigungsstunden kalkuliert worden sind.
- b) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Jahresreinigungsstunden liegt nicht vor, wenn weniger als die vorgegebenen Jahresreinigungsstunden kalkuliert worden sind.
- c) Liegt die Auskömmlichkeit der kalkulierten Jahresreinigungsstunden nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.

1.2 Unterhaltsreinigung – auskömmliche Reinigungsleistungen

Für das Reinigungsobjekt sind auskömmliche Reinigungsleistungen vorgegeben, die vom Bieter nicht überschritten werden dürfen.

Geprüft wird die Auskömmlichkeit der kalkulierten Reinigungsleistungen.

- d) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Reinigungsleistungen liegt vor, wenn höchstens die vorgegebenen Reinigungsleistungen kalkuliert worden sind.
- e) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Reinigungsleistungen liegt nicht vor, wenn höhere Reinigungsleistungen als die vorgegebenen Reinigungsleistungen kalkuliert worden sind.
- f) Liegt die Auskömmlichkeit der kalkulierten Reinigungsleistungen nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.

1.3 Unterhaltsreinigung - Stundenverrechnungssatz (StVS)

1.3.1 Auskömmliche Kalkulation des produktiven Stundenlohns

Es ist der nach dem Lohn-Tarifvertrag für das Gebäudereiniger-Handwerk vorgesehene Lohn zu kalkulieren. Sollte zum Zeitpunkt der Kalkulation bereits feststehen, dass zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns ein neuer Lohn-Tarifvertrag gültig ist, dann ist dieser neue Tariflohn zu kalkulieren. Sollte erst nach Absendung des Angebots ein neuer Lohn-Tarifvertrag gültig werden, wird aufgrund der vom Bieter vorgenommenen Kalkulation der entsprechende neue Tariflohn bei der Prüfung des Angebots berücksichtigt.

Geprüft wird die Auskömmlichkeit des kalkulierten Stundenlohns.

- a) Die Auskömmlichkeit des kalkulierten Stundenlohnes liegt vor, wenn mindestens der im Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne in der Gebäudereinigung vereinbarte Tariflohn kalkuliert wurde.
- b) Sollte zum Zeitpunkt der Prüfung bereits ein neuer Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne in der Gebäudereinigung vorliegen, wird für die Prüfung der Auskömmlichkeit der neue Mindestlohn zugrunde gelegt, und zwar unabhängig davon, ob die Allgemeinverbindlichkeit bereits erklärt wurde oder nicht.
- c) Falls zum Zeitpunkt der Prüfung bereits bekannt sein sollte, dass bis zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns eine neuer Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne in der Gebäudereinigung in Kraft treten soll, wird für die Prüfung der Auskömmlichkeit dieser neue Mindestlohn zugrunde gelegt, und zwar unabhängig davon, dass die Allgemeinverbindlichkeit zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorliegen kann.
- d) Die Auskömmlichkeit des kalkulierten Stundenlohnes liegt nicht vor, wenn weniger als der im Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne in der Gebäudereinigung vereinbarte Tariflohn kalkuliert wurde.
- e) Liegt die Auskömmlichkeit des kalkulierten Stundenlohnes nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.

1.3.2 Auskömmliche Kalkulation der Soziallöhne

Die Kalkulation der Soziallöhne ist auf der Grundlage der gesetzlichen und tariflichen Regelungen vorzunehmen. Es bestehen jedoch Ermessensspielräume, da die Höhe der einzelnen Kalkulationen nach den in den Bundesländern unterschiedlichen Feiertagsregelungen und von den individuellen betrieblichen Gegebenheiten der jeweiligen Bieter abhängig ist. Um eine vergleichbare Basis für die Prüfung der Auskömmlichkeit der Kalkulationen zu erhalten und um sicherzustellen, dass die nach Gesetz und Tarif zu leistenden Aufwendungen abgedeckt sind, ist die Festsetzung von Mindest-Prozentwerten bei den Soziallöhnen erforderlich. Die zu kalkulierenden Prozentwerte entziehen sich daher bis zu den vorgegebenen Mindest-Prozentwerten der unternehmerischen Kalkulationsfreiheit. Es können höhere Prozentwerte im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Regelungen kalkuliert werden, wenn dies aufgrund der betrieblichen Gegebenheiten für erforderlich gehalten wird.

Geprüft wird die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Soziallöhne.

- a) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Soziallöhne liegt vor, wenn mindestens die vorgegebenen Mindest-Prozentwerte kalkuliert worden sind.
- b) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Soziallöhne liegt nicht vor, wenn niedrigere Prozentwerte als die vorgegebenen Mindest-Prozentwerte kalkuliert worden sind.

- c) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Soziallöhne liegt auch dann nicht vor, wenn bei einzelnen Positionen höhere Prozentwerte als vorgegeben und bei anderen Positionen niedrigere Prozentwerte als vorgegeben kalkuliert wurden und insgesamt die Gesamtkalkulation für die Soziallöhne über der vorgegebenen Gesamtkalkulation liegen würde.
- d) Liegt die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Soziallöhne nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.

1.3.3 Auskömmliche Kalkulation der Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen

Es sind die durch Gesetz festgelegten Beitragssätze der Arbeitgeberanteile für die Sozialversicherungen und der U3 Insolvenzgeldumlage zum Zeitpunkt der Angebotserstellung zu kalkulieren. Für die U2 Mutterschutzaufwendungen ist der vorgegebene Mindestprozentwert zu kalkulieren.

Sollte zum Zeitpunkt der Angebotserstellung bereits feststehen, dass zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns andere als die zur Zeit aktuellen Beitragssätze gültig werden, so sind diese bereits zu kalkulieren. Sollten sich erst nach Absendung des Angebots die Beitragssätze ändern, erfolgt im Rahmen der Auswertung der Angebote automatisch eine Berücksichtigung der neuen Beitragssätze. Es ist gewährleistet, dass bei der Prüfung der Auskömmlichkeit aller Angebote die gesetzlich festgelegten gleichen Arbeitgeber-Anteile zu den Sozialversicherungen zugrunde gelegt werden.

Geprüft wird die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen.

- a) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen liegt vor, wenn die gesetzlich festgelegten Prozentwerte, der festgelegte Prozentsatz der U3 Insolvenzgeldumlage, der festgelegte Prozentwert der pauschalen SV und mindestens der vorgegebene Mindestprozentwert für die U2 Mutterschutzaufwendungen kalkuliert worden sind.
- b) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen liegt nicht vor, wenn niedrigere oder höhere Prozentwerte als die gesetzlich festgelegten kalkuliert worden sind, wenn niedrigere oder höhere Prozentwerte als der festgelegte Prozentwert der U3 Insolvenzgeldumlage, wenn niedrigere oder höhere Prozentwerte als der festgelegte Prozentwert der pauschalen SV oder wenn der vorgegebene Mindest-Prozentwert für die U2 Mutterschutzaufwendungen unterschritten wird.
- c) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die gesetzlich festgelegten Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen liegt auch dann nicht vor, wenn bei einzelnen Positionen höhere Prozentwerte als gesetzlich vorgegeben und bei anderen Positionen niedrigere Prozentwerte als gesetzlich vorgegeben kalkuliert wurden und insgesamt die Gesamtkalkulation für die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen über der vorgegebenen Gesamtkalkulation liegen würde.
- d) Liegt die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen, der Prozentwert der U3 Insolvenzgeldumlage, der Prozentwert der pauschalen SV und für die U2 Mutterschutzaufwendungen nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.

1.3.4 Auskömmliche Kalkulation der sonstigen lohngebundenen Kosten

Die Kalkulation der Kosten für die sonstigen lohngebundenen Kosten ist auf der Grundlage der gesetzlichen Regelungen vorzunehmen. Es bestehen jedoch bei den gesetzlichen Regelungen Ermessensspielräume, da die Höhe der einzelnen Kalkulation von den jeweiligen individuellen betrieblichen Gegebenheiten abhängig ist.

Um eine vergleichbare Basis für die Prüfung der Auskömmlichkeit der einzelnen Kalkulationen zu erhalten und um sicherzustellen, dass die nach Gesetz zu leistenden Aufwendungen abgedeckt sind, ist die Festsetzung von Mindest-Prozentwerten bei den sonstigen lohngebundenen Kosten erforderlich. Die zu kalkulierenden Prozentwerte entziehen sich daher bis zu den vorgegebenen Mindest-Prozentwerten der unternehmerischen Kalkulationsfreiheit. Es können höhere Prozentwerte kalkuliert werden, wenn dies aufgrund der betrieblichen Gegebenheiten für erforderlich gehalten wird.

Geprüft wird die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die sonstigen lohngebundenen Kosten.

- a) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die sonstigen lohngebundenen Kosten liegt vor, wenn mindestens die vorgegebenen Mindest-Prozentwerte kalkuliert worden sind.
- b) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die sonstigen lohngebundenen Kosten liegt nicht vor, wenn niedrigere Prozentwerte als die vorgegebenen Mindest-Prozentwerte kalkuliert worden sind.
- c) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die sonstigen lohngebundenen Kosten liegt auch dann nicht vor, wenn bei einer Position höhere Prozentwerte als vorgegeben und bei anderen Position niedrigere Prozentwerte als vorgegeben kalkuliert wurden und insgesamt die Gesamtkalkulation für die sonstigen lohngebundenen Kosten über der vorgegebenen Gesamtkalkulation liegen würde.
- d) Liegt die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die sonstigen lohngebundenen Kosten nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.

1.3.5 Auskömmliche Kalkulation des Anteils für geringfügig Beschäftigte

Der prozentuale Anteil für die geringfügig Beschäftigten ist mindestens wie vorgegeben zu kalkulieren. Es können höhere Prozentwerte für die geringfügig Beschäftigten kalkuliert werden. Die Anteile für die sozialversicherungspflichtigen und die geringfügig Beschäftigten müssen insgesamt 100 % betragen.

Geprüft wird die Auskömmlichkeit der kalkulierten Anteile für die geringfügig Beschäftigten und ob insgesamt 100% Anteile kalkuliert worden sind.

- a) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Anteile für die geringfügig Beschäftigten liegt vor, wenn mindestens der vorgegebene prozentuale Anteil für die geringfügig Beschäftigten kalkuliert worden ist.
- b) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Anteile für die geringfügig Beschäftigten liegt nicht vor, wenn der kalkulierte Anteil für die geringfügig Beschäftigten weniger als vorgegeben beträgt.
- c) Liegt die Auskömmlichkeit der kalkulierten Prozentwerte für die geringfügig Beschäftigten nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.
- d) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Anteile für die sozialversicherungspflichtigen und geringfügig Beschäftigten liegt vor, wenn insgesamt 100 % Anteile kalkuliert worden sind.
- e) Die Auskömmlichkeit der kalkulierten Anteile für die sozialversicherungspflichtigen und geringfügig Beschäftigten liegt nicht vor, wenn weniger als insgesamt 100 % Anteile kalkuliert worden sind.
- f) Liegt die Auskömmlichkeit der kalkulierten Anteile für die sozialversicherungspflichtigen und geringfügig Beschäftigten nicht vor, ist das Angebot zwingend von der Wertung auszuschließen.

ACHTUNG!

Die Unterschreitung der vorgegebenen Prozentwerte führt zum Ausschluss von der Wertung.

2. Wertungsstufe - Eignungskriterien

Auf der 2. Wertungsstufe erfolgt die Eignungsprüfung auf der Grundlage der mit dem Angebot einzureichenden Nachweise über die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit.

Es sind drei Referenzen von Unterhaltsreinigungsarbeiten öffentlicher Auftraggeber einzureichen, hiervon eine Referenz von Unterhaltsreinigungsarbeiten in Bädern.

Die angegebenen Referenzen dürfen nicht älter als drei Jahre sein und die Leistungen müssen bei laufenden Aufträgen seit mindestens einem Jahr erbracht werden.

3. Wertungsstufe – Wertungskriterien

Für die Bewertung werden die Angebotspreise und die Produktivstunden herangezogen.

Als Angebotspreis gilt der Gesamtpreis der vier Preisblätter Netto unter Berücksichtigung der Unterhaltsreinigungskosten. Dieser befindet sich jeweils im Preisblatt unten rechts „Jahresgesamtkosten ohne MwSt“ und in der „Zusammenfassung der Angebote“.

Als Produktivstunden gelten die Gesamtjahresstunden. Diese befinden sich jeweils im Preisblatt in „Zeile 59, Spalte K“ und in der „Zusammenfassung der Angebote“.

3.1 Bewertungsmatrix für den Angebotspreis

PAngebotspreis - Preispunkte

Das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis erhält 100 Preispunkte. Die Punktzahl der weiteren Angebote ergibt sich aus der prozentualen Abweichung des jeweiligen Angebotspreises vom niedrigsten Angebotspreis. Die niedrigste Punktzahl beträgt Null, Minuspunkte werden nicht vergeben.

Die Berechnung erfolgt nach folgender Formel:

$$P_{\text{Angebotspreis}} = 100 - \frac{\text{Angebotspreis} - \text{niedrigster Angebotspreis}}{\text{niedrigster Angebotspreis}} \times 100$$

3.2 Bewertungsmatrix für die Produktivstunden

PProduktivstunden – Produktivstundenpunkte

Die Produktivstunden werden nach gleichem Schema gewertet. Das Angebot mit dem höchsten Produktivstunden erhält 100 Preispunkte. Die Punktzahl der weiteren Angebote ergibt sich aus der prozentualen Abweichung der jeweiligen Produktivstunden von den höchsten angebotenen Produktivstunden. Die niedrigste Punktzahl beträgt Null, Minuspunkte werden nicht vergeben.

Die Berechnung erfolgt nach folgender Formel:

$$P_{\text{Produktivstunden}} = 100 - \frac{\text{höchste Produktivstunden} - \text{Produktivstunden}}{\text{höchste Produktivstunden}} \times 100$$

3.3 Gewichtung der Punktwerte für den Angebotspreis und die Produktivstunden

Die Gewichtung der Punktwerte zur Gesamtkalkulation wird wie folgt festgesetzt:

Angebotspreis	Gewichtung 55 %
Produktivstunden	Gewichtung 45 %

$$\text{Gesamtpunkte} = 55 \% \times P_{\text{Angebotspreis}} + 45 \% \times P_{\text{Produktivstunden}}$$

Die Gewichtung der Punktzahlen erfolgt gemäß der oben genannten Vergabekriterien. Die Summen der daraus resultierenden Punktzahlen stellen das Ergebnis der Bewertung dar.

4. Wertungsstufe - Zuschlagskriterien

Der Zuschlag erfolgt an das wirtschaftlich günstigste Angebot, das die meisten Gesamtpunkte erhalten hat. Die maximal mögliche Punktzahl beträgt 100. Bei Punktgleichheit entscheidet das Los.